

Mehr europäischer Zusammenhalt und Integration sind kein Widerspruch! (Leitantrag)

In Vielfalt geeint ist das Motto der Europäischen Union. Als Föderalistinnen und Föderalisten leben und unterstützen wir diese Grundkonzeption, die auch unserer Idee eines föderalen Bundesstaates zu Grunde liegt.

In letzter Zeit müssen wir aber mit Besorgnis feststellen, dass die EU zwar vielfältig ist, aber dabei viel zu uneinig. Vielfalt ist wichtig und muss gewährleistet werden. Einheit ist allerdings genauso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger für die Zukunft der EU.

Auch wenn die europäische Einheit in den letzten 70 Jahren seit der Gründung der JEF Deutschland eine beeindruckende Entwicklung genommen hat, bleibt die Einheit immer fragil und muss immer wieder verteidigt werden. Dabei gilt es auch, Einheit und notwendige Integrationsschritte in Ausgleich zu bringen. Aktuelle europäische Herausforderungen werden wir nur mit mutigen, starken Schritten in Richtung eines Europäischen Bundesstaats meistern. Staaten, die diese Schritte nicht mitgehen wollen, müssen es nicht. Einheit kann auch in einem Europa der mehreren Geschwindigkeiten gewährleistet werden.

Die Einheit der Mitgliedstaaten bröseln

Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung der westlichen Welt zeigt sich auch in der EU. Dadurch, dass einige gesellschaftliche Gruppen in einigen Mitgliedstaaten stärker sind als in anderen, verwandelt sich dieser Konflikt in einen Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten. Gleichzeitig zeigt jedoch das konzertierte Handeln der Mitgliedstaaten im Umgang mit dem Brexit, dass eine Einheit möglich und nötig ist.

Die Aufgabe: Einheit stärken und mit Integration in Ausgleich bringen

Die wichtigste Aufgabe, die jetzt vor uns liegt, ist die europäische Einheit zu schützen, wiederherzustellen und zu fördern und dabei die notwendige weitere Integration nicht zu vernachlässigen. Wir sehen die europäische Einheit in einer Reihe von Bereichen gefährdet und möchten daher die folgenden Punkte ansprechen und vorschlagen, die zu einer größeren Einheit führen sollen.

Lebenssituationen durch eine starke Wirtschaft europaweit angleichen

Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU hat sich in den letzten Jahren wieder verbessert, trotzdem sind die Lebensumstände in der EU noch nicht vergleichbar und vor allem in den letzten Jahren weiter auseinandergegangen. Dabei sind nicht in erster Linie die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, sondern zwischen Stadt und Land und zwischen Arm und Reich gewachsen.

Lebensumstände in der Union weiter angleichen

Die EU war unter anderem auch immer ein Versprechen auf ein wirtschaftlich besseres Leben und dieses Versprechen ist noch Teil des Selbstverständnisses, das die EU erfüllen muss. Daher muss die Union der europäischen Wirtschaft helfen, stärker und innovativer zu werden und die wirtschaftlichen und geldpolitischen Instrumente zur Verhinderung weiterer wirtschaftlicher Krisen stärken. Auch die Jugendarbeitslosigkeit muss endlich wirksam bekämpft werden, denn eine europäische Jugend ohne Perspektive läuft Gefahr sich vom europäischen Idee abzuwenden. Die Union sollte Strukturförderprogramme gerade im Hinblick auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschließen.

Schaffung einer Eigenmittelfinanzierung der EU

Die Finanzierung der EU in Gestalt des mehrjährigen Finanzrahmens muss reformiert werden, da sie dem europäischen Zusammenhalt schadet. Die jetzige Finanzierung der EU durch nationale Beiträge führt zu Streitigkeiten und zu gefühlten Ungerechtigkeiten, weil die Mitgliedstaaten durch die jetzige Struktur des mehrjährigen Finanzrahmens in "Nehmer- und Geberländer" eingeteilt werden. Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, bedarf es einer unabhängigen europäischen Finanzierung durch Eigenmittel der EU. Daher fordern wir erneut und nachdrücklich die Einführung einer individuellen Steuer zur Finanzierung der EU. Es sollte dazu eine nationale Steuer durch eine europäische ersetzt werden, um eine Mehrbelastung zu vermeiden.

Die soziale Säule des Binnenmarkts stärken

Für viele Jahre stand der Binnenmarkt im Zentrum der europäischen Einigung. Mehr und mehr erweitert sich die europäische Integration jedoch auf andere Bereiche. Ein Bereich, der in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat und den wir auch für besonders wichtig für die Einheit Europas ansehen, ist die Frage nach einem sozialen Europa.

Wie bereits bemerkt, ist der Lebensstandard in der EU zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten aber auch zwischen verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich. Wollen wir aber alle Menschen von Europa überzeugen, muss die EU nicht nur für wirtschaftlichen, sondern auch für sozialen Zusammenhalt

in der Union sorgen. Daher fordern wir schon seit Jahren und hier auch noch einmal ausdrücklich die Verwirklichung eines sozialen Europas. Dazu ist notwendig, die Europäische Säule Sozialer Rechte in das Primärrecht einzugliedern und so eine höhere Verbindlichkeit dieser zu erreichen.

Mehr Demokratie für die Europäische Union

Die Demokratie in der EU muss in zweierlei Hinsicht gestärkt werden.

Zum einen muss die Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch populistische Bewegungen in einigen Mitgliedstaaten gestoppt werden. Auf dieses Problem muss die EU endlich eine wirksame Antwort finden. Wir begrüßen die Ideen, europäische Finanzmittel an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeitsstandards zu knüpfen sowie die Einführung eines unabhängigen Berichtssystems. Die europäische Einheit wird auch daran gemessen, dass europaweit einheitliche Rechte gelten.

Das zweite Problem entsteht durch die Übermacht der Mitgliedstaaten in der europäischen Politik. Wie wir in unserem Politischen Programm festgestellt haben, müssen Institutionen, die alle Europäer*innen vertreten, gestärkt werden. Dies gilt vor allem für das Europäische Parlament. Im Zuge der Europawahl 2019 haben sich die europäischen Parteien und die Regierungen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Wahlverfahren, Wahlkampf und der unberechenbaren Zusammensetzung der Kommission keinen Gefallen getan. Auf EU-Ebene müssen die nächsten fünf Jahre bis zu den nächsten Wahlen effektiv und mutig für institutionelle Reformen im Hinblick auf die Wahlen genutzt werden. Dazu gehören eine Wahlrechtsreform inklusive transnationaler Listen sowie eine Stärkung der europäischen Parteien.“

Außenpolitische Einheit durch Mehrheitsentscheidungen

Ein besonderes Augenmerk gilt der weiterhin nur punktuell einheitlichen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik. In diesem Bereich ist es immer noch so, unterstützt durch die Verträge, dass jeder Mitgliedstaat seine eigenen Interessen verfolgt und teilweise sogar unterschiedliche Konfliktparteien unterstützen. Dieser Zustand ist untragbar! Wir fordern daher, dass die europäische Außenpolitik endlich europäisiert wird und das Einstimmigkeitserfordernis in der Außenpolitik endlich abgeschafft werden. Die Europäische Union kann nur dann überzeugend als geopolitischer Akteur internationale Beziehungen (mit-)gestalten, wenn sie mit einer Stimme spricht.

Notwendiger Begleiter der Einheit: eine stärkere europäische Öffentlichkeit

Die Entscheidung in einigen Bereichen, Mehrheitsentscheidungen einzuführen

könnte natürlich auch zur weiteren Spaltung Europas beitragen. Schon jetzt sprechen nach jedem Gipfel die Staats- und Regierungschef zu ihren nationalen Öffentlichkeiten und verteidigen ihre nationale Sichtweise. Gewinne und Niederlagen bei Mehrheitsentscheidungen würden dies vermutlich massiv verstärken.

Wir sind davon überzeugt, dass die Europäisierung der Politik positiv ist. Um die Bürgerinnen und Bürger von Europa auch und gerade in den Bereichen mit Mehrheitsentscheidungen zu überzeugen, sie in die Lage zu versetzen, die europäische Perspektive zu sehen und diese zu stärken, muss die europäische Öffentlichkeit gestärkt werden.

Einheit zwischen Jung und Alt europaweit stärken

Abseits der politischen Fragen muss auch der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder mehr gestärkt werden. Vor allem kann man europaweit auch zunehmend einen gefühlten oder tatsächlichen Generationenkonflikt sehen. Das zeigte sich vor allem in den letzten Monaten in einer Zunahme von Protesten, die vor allem von unserer Generation getragen werden, so wie z.B. *Fridays for Future*.

Wir jungen Europäerinnen und Europäer haben jedoch oft das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden und dass unsere Zukunftssorgen oftmals nicht genügend gewürdigt werden. Wir kommunizieren und engagieren uns viel durch soziale Medien, doch hat der traditionelle mediale und politische Diskurs Probleme, mit dieser Kommunikation umzugehen.

Um die Jugend Europas in die Politik einzubeziehen, müssen Wege gefunden werden, unsere Kommunikationsformen in den Diskurs einzubeziehen. Auch institutionell sollte unsere Partizipation wie z.B. durch die Einführung des Wahlrechts ab 16 gestärkt werden."

Jugendbeteiligung europaweit ernst nehmen

Junge Menschen wollen Europa mitgestalten und sind als Expertinnen und Experten ihres eigenen Lebens in der Lage dazu. Um dies zu ermöglichen, muss Politik Räume für Mitbestimmung schaffen, bestehende Räume stärken und die Ergebnisse von Mitbestimmung ernst nehmen.

Ein geeignetes Instrument im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft ist der EU Jugenddialog (vorher Strukturierter Dialog) sowie die in diesem Rahmen stattfindende EU Jugendkonferenz. Die EU Jugendziele (youthgoals.eu) sollten als das zentrale Ergebnis bisheriger Beteiligungsrunden des EU Jugenddialogs verbindlicher Bestandteil der Arbeitsplanung der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Diese Form der Jugendbeteiligung soll

Blaupause für eine Ausweitung verbindlicher Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene sein, die über bloße Dialog- und Informationsformate hinausgeht.

Europäische Begegnungen und Austausch deutlich ausbauen

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger brauchen ein europäisches Wir-Gefühl. Deswegen müssen wir innerhalb der Europäischen Union den gesellschaftlichen Zusammenhalt über Grenzen, und vor allem zwischen Ost- und Westeuropa, hinweg deshalb weiter stärken. Wir unterstützen entschieden die Forderung des Europäischen Jugendforums (EYF), den Haushalt für das Förderprogramm Erasmus+ zu verzehnfachen. Europäischer Austausch muss zur Normalität werden. Ein Schuljahr in Europa soll keine Pflicht sein, muss aber für jeden und jede Schüler und Schülerin attraktiv und möglich sein. Ergänzend soll der nicht-akademische Austausch ausgebaut und sowohl langfristig als auch gleichberechtigt mehr gefördert werden. Digitale Möglichkeiten müssen stärker genutzt werden, um Europa im Alltag präsenter zu machen. Europäischer Austausch kann so für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger möglicher werden.

Keine Einheit ohne eine stärkere, europaweit und effektive Klimapolitik

Ein großes Thema der letzten Wochen und Monate, das das Potential hat, die EU zu spalten, sind die Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels. Die jetzige Diskussion, aber vor allem die katastrophalen Folgen des Klimawandels haben das Potenzial, Spannungen, Konflikte sowie Ungleichheiten auszulösen. Es braucht zur wirksamen Bekämpfung des Klimawandels eine einheitliche europäische wie auch internationale Strategie. Die Verabschiedung eines strengeren Klimaziels in Bezug auf die Einsparung von CO₂ wurde vom Europäischen Rat gerade abgelehnt. Obwohl die Europäische Kommission regelmäßig strengere Regeln im Kampf gegen den Klimawandel vorschlägt, werden die Vorschläge auf nationaler Ebene blockiert oder die europarechtlich vorgegebenen Ziele national nicht eingehalten.

Dabei muss jedoch klar sein, dass massive Einsparungen an Treibhausgasen und auch anderen Ressourcen notwendig sind. Die EU sollte deswegen weitere Klimaziele setzen und auch international auf die Einhaltung der Klimaziele hinarbeiten. Eine Möglichkeit der EU, Klimaziele durchzusetzen, könnte auch eine Einbeziehung dieser Ziele in die Handelspolitik der EU sein. Kurzfristig sollte auf europäischer Ebene zumindest der Flugverkehr in den europäischen Zertifikatehandel einbezogen werden, der auch durch die Verknappung der Zertifikate effektiver werden sollte. Im Bereich der Einsparung von GHG-Emissionen reicht jedoch auch das nicht aus, sodass weitergehende Maßnahmen zur Belastung möglichst vieler schädlicher Sektoren und

Klimagase entweder national oder europäisch im Rahmen des Zertifikatehandels oder als Steuer getroffen werden müssen. Die EU fördert viele Infrastruktur- und Regionalentwicklungsprojekte sowie den Landwirtschaftssektor. In diesen Bereichen sollte die EU die Bekämpfung des Klimawandels einbeziehen. Vor allem sollte der grenzüberschreitende Zugverkehr gefördert werden. Des Weiteren sollte sich die EU für die Reduzierung von Treibhausgasen in der Energiegewinnung einsetzen. Dazu sollte die EU die Verwirklichung einer europäischen Energieunion anstreben.

Klar ist, dass der Klimawandel nur durch einen multisektoralen Ansatz mit einer Vielzahl von Maßnahmen bekämpft werden kann. Zusätzlich zu Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind auch jetzt schon weitreichende Investitionen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vor allem im globalen Süden notwendig und sollten von der EU und ihren Mitgliedstaaten bereits finanziell und durch technische Kooperationen unterstützt werden. Der Multisektorale Ansatz klingt bereits im Klimapaket an, das vom Klimakabinett der Bundesregierung am 20.09.2019 veröffentlicht wurde. Als JEF Deutschland lehnen wir das wenig ambitionierte Vorgehen des Klimakabinetts ab und rufen dazu auf, Klimaschutz konsequent, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sowohl auf nationaler, als auch europäischer Ebene durchzuführen.

Trotz zweifellos guter Ansätze schafft es das Klimapaket nicht, einen Kurs vorzugeben, der dazu geeignet ist, die selbstgesteckten Klimaziele 2030 zu erreichen, wie das Beispiel der zwar existenten, aber mit beginnend 10€/Tonne CO₂ viel zu niedrigen CO₂-Bepreisung zeigt. Klimaschutz ist und bleibt unsere wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahrzehnten. Wir, die JEF Deutschland, appellieren an die Bundesregierung und die Europäische Union, sich ihrer historischen Verantwortung für diesen Planeten und die zukünftigen Generationen bewusst zu werden und dementsprechend zu handeln, denn es gibt keinen Planeten B.

Einheit und Integration zusammendenken und verwirklichen

Einige unserer Forderungen sind in der aktuellen Lage der Europäischen Union sehr weitgehend und werden von einigen Mitgliedstaaten in naher Zukunft nicht mitgetragen werden. Wir möchten uns deswegen auch ausdrücklich zu einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten bekennen. Zwar ist uns die Einheit Europas wichtig und wir erkennen an, dass ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu Problemen führen kann, jedoch denken wir, dass der status quo der EU in vielen Bereichen zu Unzufriedenheiten und Funktionsschwierigkeiten führt. Es gibt viele Bereiche, in denen wir endlich Reformen anstoßen und umsetzen müssen. Das geht aber oftmals nicht mit allen Mitgliedstaaten. Wir sollten uns deswegen nicht vor einem Europa der

verschiedenen Geschwindigkeiten fürchten. Wir sind davon überzeugt, dass die Umsetzung von notwendigen Reformen langfristig nicht nur zu einem besseren Europa führt. Wenn Anstrengungen unternommen werden, fortschreitende Integration politisch-inhaltlich attraktiv zu halten und zu kommunizieren und die europäische Mehrheit im Blick zu halten, sind wir sicher, dass die Mitgliedstaaten, die in einigen Bereichen im Moment noch Reformen blockieren, langfristig trotzdem Teil der Integration bleiben und die einzelnen Integrationschritte noch nachholen werden. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten sollte als langfristiges Ziel ein besseres, föderales und vereintes Europa anstreben.

Die kommende Ratspräsidentschaft Deutschlands nutzen

Einheit und Integration zusammenzudenken und voranzubringen, wird auch Aufgabe der kommenden Ratspräsidentschaft Deutschlands sein müssen. Wie kein anderes Land in Europa weiß Deutschland aufgrund seiner Geschichte, was Spaltungen bedeuten, aber auch, wie damit umgegangen und wie sie überwunden werden können. Wir, die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschlands, fordern die Bundesregierung auf, diese Verantwortung und Stärke jetzt und mutig zu nutzen, um mit den oben genannten Punkten den nötigen Impuls für eine Weiterentwicklung der EU in Richtung der Vereinigten Staaten von Europa zu setzen.